

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/6592

"Umsetzung der Alpenkonvention in Bayern"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/6592 vom 15.10.2014
2. Plenarprotokoll Nr. 58 vom 24.11.2015

Da dieses Dokument größer als 1 MB ist, wird es aus technischen Gründen nicht in die Vorgangsmappe eingefügt.

Download dieses Dokuments [hier](#)

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Abg. Ludwig Hartmann

Abg. Eric Beißwenger

Abg. Florian von Brunn

Abg. Florian Streibl

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

Abg. Klaus Steiner

Abg. Markus Ganserer

Staatsministerin Ulrike Scharf

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 3** auf:

Interpellation der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Dr.

Christian Magerl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Umsetzung der Alpenkonvention in Bayern (Drs. 17/6592)

Ich eröffne die Aussprache. Gemäß § 68 Absatz 2 Satz 3 der Geschäftsordnung hat in der Aussprache die interpellierende Fraktion das erste Wort. Dies ist die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Als erster Redner hat Herr Abgeordneter Ludwig Hartmann das Wort. Bitte sehr.

Ludwig Hartmann (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Beim Schutz der Alpen benimmt sich die CSU-Regierung wie ein Skifahrer in der Berghütte: große Reden schwingen, aber draußen nach dem ersten Meter gleich auf dem Hosenboden landen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Selbstwahrnehmung und Wirklichkeit klaffen meilenweit auseinander. Es gab immer vollmundige Ankündigungen zum Schutz unserer Bergwelt, aber Taten sind in den letzten zehn Jahren so gut wie gar nicht wahrnehmbar gewesen.

Im Zuge des deutschen Vorsitzes der Alpenkonvention bis Herbst 2016 wurde von CDU/CSU- und SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag der Antrag mit dem Titel "Die Alpen-Vielfalt in Europa – Ziele der Alpenkonvention voranbringen und nachhaltig gestalten" eingebracht. Viele hübsche Worte sind darin zu finden, viele schöne Beschreibungen, aber von konkretem Handeln ist man meilenweit entfernt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Gute Politik misst sich nicht an schönen Worten, sondern an konkretem Handeln. Wir haben die Interpellation zum Thema Schutz der Alpen nach zehn Jahren erneut gestellt, um einen Zwischenbericht zu erhalten und zu erfahren, ob irgendetwas besser

geworden ist. Man kann dies in ein paar Bereichen zusammenfassen und muss ganz ehrlich sagen, dass sich in diesen Bereichen in den letzten zehn Jahren hier in Bayern so gut wie gar nichts verbessert, sondern vieles noch deutlich verschlechtert hat. Die Verantwortung für den Schutz der Alpen braucht man gar nicht nach Berlin zu schieben. Hier ist Bayern ganz konkret in der Pflicht und hat die Verantwortung, den völkerrechtlichen Vertrag konkret umzusetzen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich möchte mit einem Themenbereich beginnen, der auch vom Finanzminister gerade angesprochen worden ist. Das ist der Flächenverbrauch. In den hochsensiblen Gebieten unseres Alpenraums hat sich der Flächenverbrauch für die Siedlungs- und Verkehrsflächen von 1992 bis 2013 um 5.335 Hektar erhöht. Man kann es auch anders ausdrücken: Dies sind 7.500 Fußballfelder bzw. das ist einmal die Fläche vom Starnberger See, die rein im Alpenbereich neu benötigt worden ist. Das ist deutlich zu viel.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Auch nach der gerade getroffenen Aussage von Minister Söder kann man nur von einem hemmungslosen Flächenfraß der Politik dieser Staatsregierung sprechen. Es ist wirklich hemmungslos, wie Sie mit dem wertvollen Gut Boden in diesem Land umgehen.

Ich möchte einen weiteren Bereich nennen und es damit noch einmal unterstreichen: Wir sind uns sicher alle darin einig, dass die Alpen zu den sensibelsten Gebieten in Bayern gehören. Man kann es eigentlich kaum glauben: In den letzten zehn Jahren wurde im Alpenbereich kein einziges neues Naturschutzgebiet ausgewiesen. Zehn Jahre sind eine verdammt lange Zeit, meine Kolleginnen und Kollegen von der CSU. Vor zehn Jahren hatten Sie noch eine Zweidrittelmehrheit. Auch das ist verdammt lange her.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kommen wir von den Naturschutzgebieten zu den Landschaftsschutzgebieten. Ihre diesbezügliche Antwort in der Interpellation ist geradezu manipulativ. Das Landschaftsschutzgebiet Inntal-Süd wird als neu geschaffen dargestellt. Fakt ist aber, dass Sie das alte Landschaftsschutzgebiet durch eine neue Verordnung sogar noch um 650 Hektar verkleinert haben. Das wird dann als neuer Erfolg verkauft. Das ist wirklich zum Schämen!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn man sich die Zahlen insgesamt anschaut, so ergibt sich, dass die Landschaftsschutzfläche in Bayern im Alpenbereich in den letzten Jahren de facto um 900 Hektar zurückgegangen ist. Das lässt sich nicht mit dem Naturschutzprotokoll der Alpenkonvention in Einklang bringen. So kann das wirklich nicht weitergehen.

Die Beantwortung der Interpellation hat uns leider auch deutlich gezeigt, dass der Erhalt und der Schutz unserer einzigartigen bayerischen Landschaft nicht auf der politischen Agenda dieser Staatsregierung stehen. Sie nehmen weder Rücksicht auf die Natur noch auf den Wirtschaftszweig Tourismus in den Alpen. Ich weiß, dass Sie es kaum noch hören können, aber wenn Sie sich die Zahlen, beispielsweise jene des Tourismusverbandes, anschauen, erkennen Sie: Der Sommertourismus in den Alpen nimmt zu. Das Bedürfnis, die schöne Natur, die einmalige Landschaft, die Ruhe zu genießen und Erholung zu finden, ist der Hauptgrund für diesen Tourismus in den Alpen. Gerade diesen Bereich, der wirklich von unserem Naturwunder Alpen lebt, zerstören Sie mit jedem Eingriff für ein absurdes Wettrüsten der Skigebiete. Jedes Jahr geht es ein Stück weiter, und das alles angeheizt durch Steuermillionen für immer neue Schneekanonen und neuen Skiliftbau. Dieser Umweltvandalismus – so muss man es wirklich nennen – schreitet in immer sensiblere Gebiete voran. Die Interpellation zeigt ganz deutlich, dass Sie in der letzten Zeit bei immer mehr neuen Beschneiungsanlagen eine Umweltverträglichkeitsprüfung gebraucht haben. Sie greifen in immer sensiblere Gebiete ein, und das alles – man kann es nur so deutlich sagen – für ein Tourismuskonzept, das langfristig in Bayern keine Zukunft hat. Es ist absolut unstrittig, dass

der Klimawandel, also der Temperaturanstieg, in den Alpenregionen doppelt so schnell voranschreitet wie im Durchschnitt. Das heißt, die Zukunft des Wintersports wird nicht in Bayern liegen. Hier sind wirklich neue Konzepte gefragt. Darauf geben Sie keinerlei Antworten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Man kann es sich so vorstellen: Die CSU-Staatsregierung baut in Bayern mit Steuermillionen eine Sackgasse immer weiter aus, anstatt den Weg in die Zukunft zu weisen.

Ich möchte einen weiteren Bereich ansprechen und habe an Sie, Frau Ministerin Scharf, eine dringliche Bitte. – Der CSU-Fraktionsvorsitzende Kreuzer hat ja leider gerade den Saal verlassen. Ich muss Sie wirklich bitten, standhaft zu sein und dabei zu bleiben, dass wir die Schutzzone C erhalten und dass die Skischaukel am Riedberger Horn nicht umgesetzt wird. Sollte es dazu kommen, können Sie die Alpenkonvention im wahrsten Sinne des Wortes in die Tonne treten. Wenn Sie dort das Fass aufmachen, verstößen Sie in vielen Bereichen gegen die Konvention. Sie müssen Ihren CSU-Kolleginnen und Kollegen wirklich ins Gewissen reden und Ihnen deutlich machen, dass das dort nicht umgesetzt werden kann.

Zusammenfassend kann man sagen: Ein völkerrechtlicher Vertrag, der fast 25 Jahre alt ist, wird von der Staatsregierung eigentlich nur als reine Feiertagscharta angesehen, als ein Dokument, das man gerne aus der Schublade nimmt, um Umweltverbände zu beruhigen. Unsere Alpenlandschaft wird hingegen in keiner Weise geschützt und erhalten.

Wir fordern die Staatsregierung auf, die Alpenkonvention endlich ernsthaft und konsequent in Bayern umzusetzen. Dies ist ihre Aufgabe. Zehn Jahre hat man vertan. Jetzt ist es wirklich Zeit zu handeln.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächster hat der Kollege Beißwenger von der CSU das Wort. Bitte sehr, Herr Kollege.

Eric Beißwenger (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, ich muss in meiner Rede einiges, was Herr Hartmann gesagt hat, richtigstellen. Die Alpen brechen nicht zusammen. Es wird einiges getan.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Wie wir alle wissen, sind die Alpen der größte Natur- und Kulturraum Mitteleuropas. In acht Staaten prägen sie Landschaft und das Leben der dortigen Bevölkerung. Zudem ziehen sie mit ihrer einzigartig faszinierenden Landschaft Erholungssuchende aus der ganzen Welt an. Die Alpenkonvention wurde zum Schutz und zur nachhaltigen Entwicklung dieser Region mit ihren klimatischen, ökologischen und naturräumlichen Besonderheiten beschlossen.

Gemeinsam mit allen anderen Alpenstaaten leisten wir in Deutschland, besonders in Bayern, unseren Beitrag. In sogenannten fachlichen Protokollen wird zu einzelnen Fachbereichen festgelegt, welche konkreten Schritte zum Schutz und zur nachhaltigen Entwicklung der Alpen ergriffen werden sollen. Die Themen der acht Protokolle umfassen verschiedene Sachbereiche wie Berglandwirtschaft, Naturschutz, Landschaftsplanning, Bergwaldtourismus, Bodenschutz, Energie, Verkehr, Entwicklung und Raumplanung.

Über alle Protokollbereiche hinweg können wir festhalten: Bayern hält sich nicht nur an die Bestimmungen der Konvention, sondern leistet auch einen aktiven Beitrag bei der Umsetzung sowohl in materieller Hinsicht als auch durch seine Beteiligung in den Gremien.

(Beifall bei der CSU)

Den Vorsitz der Alpenkonvention hat aktuell Deutschland inne. Das bayerische Umweltministerium unterstützt das Bundesumweltministerium während der zweijährigen

deutschen Präsidentschaft in der Alpenkonvention. In den letzten Jahren wurden im bayerischen Landesentwicklungsprogramm explizit Verweise auf die Alpenkonvention aufgenommen.

Was wir hierzu sicherlich nicht brauchen, sind neue Protokolle, etwa für Abfallwirtschaft, Luftreinhaltung oder Kultur sowie zusätzliche nationale Vollzugsregelungen. Hierfür gibt es teilweise entsprechende EU-Richtlinien. Außerdem hat hierzu ein Vergleich im Jahr 2006 gezeigt, dass die einzelnen Bestimmungen der acht Durchführungsprotokolle in Deutschland bereits hinreichend Entsprechungen im innerstaatlichen Recht finden. Was wir aber sehr wohl in den Vordergrund stellen müssen, ist Folgendes: Wir müssen die Kernanliegen besser vermitteln und umsetzen, anstatt neue und zusätzliche rechtliche Regelungen zu schaffen.

Bayern bringt gegenüber dem zuständigen Bundesumweltministerium wie auch in den Alpenkonventionsgremien stets zum Ausdruck, dass nur mit einer stärkeren Umsetzungsarbeit durch konkrete Maßnahmen vor Ort und durch eine bessere Einbindung der Kommunen und der Bürger eine höhere Akzeptanz erzielt werden kann. Bayern hat sich in den Alpenkonventionsgremien erfolgreich dafür eingesetzt, dass die Überprüfungsberichte zur Einhaltung der Konventionsbestimmungen alle zehn statt alle zwei Jahre erstellt werden; es soll schließlich am Ende ein Mehrwert für die Umwelt herauskommen und nicht nur dicke Akten und bürokratische Strukturen.

(Zuruf des Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD))

Die Frage war, was man dafür tut. Deshalb sage ich jetzt etwas zu den Förderaktivitäten und den Investitionen der Staatsregierung. Natur- und Umweltschutz zieht sich seit vielen Jahrzehnten wie ein roter Faden durch die bayerische Politik. Am 8. Dezember 1970 hat der Bayerische Landtag die Gründung des Bayerischen Staatsministeriums für Umweltfragen und Landesentwicklung beschlossen.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Es war nicht nur das erste Umweltministerium Deutschlands, nicht nur das erste in Europa, sondern das erste Umweltministerium weltweit. Unsere Staatsregierung behält diesen Weg der Nachhaltigkeit bei, wie man an den vielfältigen finanziellen Fördermaßnahmen und Investitionen zugunsten des Alpenraums sieht. Es sind einige ehemalige Umweltminister anwesend, außerdem unsere aktive Umweltministerin. Ich erinnere mich daran, wie ich mit Marcel Huber in Sonthofen das Moor besucht habe. Überall hat man gesehen, was mit diesen Mitteln getan worden ist.

In den Bereichen Hochwasserschutz, Alm-/Alpwirtschaft, ökologischer Landbau, Vertragsnaturschutz, Landschaftspflege, Schutzwaldsanierung, Schutzwaldpflege, Waldumbau, Biomasse, Ausbau ÖPNV und so weiter – gilt unser Dank nicht nur Umweltministerin Ulrike Scharf, sondern auch und vor allem unserem Landwirtschaftsminister Helmut Brunner für die Unterstützung der Berggebiete. Ich erinnere mich gut an die Verhandlungen zum letzten KULAP, in denen der Minister immer Wert darauf gelegt hat, dass man die Berggebiete unterstützt.

(Beifall bei der CSU)

Der bayerische Alpenraum gehört zu einem Schwerpunktgebiet für Fachprogramme des Naturschutzes. In ganz Bayern entfallen allein ein Viertel der Ausgaben für den Vertragsnaturschutz und 80 % für den Erschwernisausgleich auf Feuchtflächen auf die Gebietskulisse der Alpenkonvention.

Das Engagement im Naturschutz zeigt sich auch in zahlreichen Artenhilfsprogrammen. Wir wissen alle, in den vergangenen Jahren sorgte die natürliche Zuwanderung vereinzelter, ehemals auch in den bayerischen Alpen heimischer Großsäuger, Wölfe und Bären, für mediale Furore.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Und Stoiber hat ihn abgeschossen!)

Für den Umgang mit Interessenkonflikten, die durch Wildtiere verursacht werden können, hat die Staatsregierung ein Wildtiermanagement etabliert.

(Florian von Brunn (SPD): Und der Landwirtschaftsminister will wolfsfreie Zonen!)

Dieses Management berücksichtigt die speziellen Ansprüche der Menschen und der Wildtiere, die in einer Region leben, gleichermaßen. Das soll insbesondere der Verbesserung der Akzeptanz dienen. In diesem Zusammenhang tourt auch die Ausstellung "Die großen Vier – vom Umgang mit Bär, Wolf und Luchs" durch ganz Bayern.

(Florian von Brunn (SPD): Das ist jetzt Heuchelei!)

Es gibt den "Ausgleichsfonds Große Beutegreifer", der mit Unterstützung des Bayerischen Naturschutzfonds Landwirten Schäden ersetzt, die durch die streng geschützten Wildtiere Bär, Wolf und Luchs verursacht werden.

Darüber hinaus haben das Umwelt- und das Landwirtschaftsministerium im Jahr 2010 einen Präventionsfonds eingerichtet, der insbesondere für Herdenschutz- und Präventionsmaßnahmen zur Verfügung steht. Ziel ist die Erprobung von Maßnahmen im Bereich des Herdenschutzes sowie eine mögliche finanzielle Förderung und Beratung. Der Fokus der Herdenschutzmaßnahmen liegt auf der Abwehr der großen Beutegreifer. Hierbei kommen vor allen Dingen Elektrozäune sowie die Beratung zum Thema Herdenschutzhunde zum Einsatz.

Dazu darf ich etwas aus der Praxis sagen als Alpbesitzer und Bergbauer, als Mensch, der in der Region lebt und auch im Naturschutz tätig ist, da ich mich seit Jahren bis heute um aussterbende Nutztiere kümmere, und der selbst Eigentümer eines solchen Herdenschutzhundes war. Das klingt alles gut, und die Beratung ist auch wichtig. Aber die Gefahr kommt auf einmal nicht mehr allein vom Wolf; denn wenn der Herdenschutzhund im Kaukasus eingesetzt wird oder in den Pyrenäen, weitab von den Menschen, ist das eine andere Sache. Wenn wir ihn aber bei uns im dicht besiedelten Gebiet einsetzen, wird die Herde nicht nur vor Wölfen geschützt, sondern vor allem, was der Hund vermeintlich als Angreifer feststellt. Das geht leider so weit, dass mein Hund auch einmal einen Wanderer apportieren wollte.

(Zurufe von der SPD)

Von daher müssen wir einfach bedenken, dass es hierbei immer wieder Probleme gibt.

(Zuruf von der SPD: Das passiert in der Stadt auch!)

– Das ist mehr als bellen. Aber Sie können gerne einmal vorbeikommen. Ich bin da nicht zu hören.

Die Alpen sind ein Beispiel für eine vom Menschen geformte Umwelt. Ihre Landschaft ist im Laufe von Jahrhunderten durch die Präsenz von Menschen und die damit einhergehenden sozialen, kulturellen und, nicht zu vergessen, auch wirtschaftlichen Aktivitäten entstanden. Eine besondere Bedeutung haben die Almen und Alpen. Ohne die Bewirtschaftung durch Generationen von Alm- und Alpbauern, ohne ständige Pflege und regelmäßiges Beweiden würde ein Großteil der Flächen verfallen, verheiden, das heißt, sie würden zuwachsen und verbuschen. Die Biodiversität im Alpenraum wird durch die alpwirtschaftliche Nutzung gefördert.

Umso mehr freut es mich, dass in den letzten zehn Jahren, also dem Zeitraum, in dem sich angeblich alles so verschlechtert haben soll, auf keiner der 1.400 Almen oder Alpen die Bewirtschaftung der Flächen aufgegeben wurde. Hierzu haben unter anderem auch Maßnahmen zur Förderung des Wegeausbaus, aber auch wegeunabhängige Maßnahmen zur Erleichterung der Bewirtschaftung beigetragen.

Alm- und Alpwirtschaft stehen nicht nur für Brauchtum und Tradition, unsere aktiven Alpbauern erfüllen unverzichtbare wirtschaftliche, ökologische und gesellschaftliche Aufgaben. Gleichzeitig verzichten sie hierbei auf so manchen Komfort, den der moderne Mensch sonst so gern für sich beansprucht. Nicht ohne guten Grund ist im Protokoll "Berglandwirtschaft" der Alpenkonvention auf die besonders erschweren Lebens- und Produktionsbedingungen hingewiesen worden, unter denen die Landwirte in den Berggebieten tätig sind. Genau diesen Bergbauern möchte ich hier auch für die natur-

nahe und landschaftspflegende Bewirtschaftung besonders danken. Ihnen verdanken wir viel.

(Beifall bei der CSU, Abgeordneten der SPD und der FREIEN WÄHLER)

Auch die Förderung der Zucht und Haltung gefährdeter einheimischer Nutztierrassen ist uns wichtig. Neben der Bewahrung der Bestände ist es ein wesentliches Ziel, die Populationen wieder zu vergrößern. Bei den vom Aussterben bedrohten Nutztierrassen hat sich die Zahl der geförderten Tiere bei Rindern und Pferden in den letzten zehn Jahren verzehnfacht; auch bei Schafen ist die Tendenz positiv.

Zum Erhalt der genetischen Vielfalt bei Kulturpflanzen werden im KULAP verschiedene Maßnahmen angeboten. In der Regel leisten alle Grünlandmaßnahmen einen Beitrag. Erwähnenswert sind hier der Erhalt artenreicher Grünlandbestände sowie die Mahd von Steilhangwiesen.

Zum Klimawandel generell: Der Klimawandel und seine Folgen sind ein globales Phänomen. Häufige Starkregen-Ereignisse können hier beispielsweise zu Überschwemmungen, Felsstürzen und Murenabgängen führen. Der Freistaat Bayern stellt den Gemeinden nicht nur Informationen über Naturgefahren zur Verfügung, sondern es werden Gefahrenhinweiskarten für Georisiken erstellt.

In den kommenden zehn Jahren soll in den Hochwasserschutz kräftig investiert werden. Ein Drittel der geplanten Ausgaben kann der natürlichen Gewässerentwicklung und der Renaturierung zugeordnet werden. In allen drei Regionen, die von der Alpenkonvention betroffen sind, im Allgäu, im Oberland und in Südostoberbayern, sind Vorranggebiete für den Hochwasserschutz in den Regionalplänen festgelegt. In diesem Zusammenhang kommt nicht nur dem Bergwald eine besondere Aufgabe zu. Das Protokoll betont seine Rolle als wirksamster, wirtschaftlichster und landschaftsgerechtester Schutz gegen Naturgefahren sowie seine Bedeutung, Kohlendioxid klimawirksam zu binden und für einen regionalen Klimaausgleich zu sorgen.

Darüber hinaus werden auch die Sicherung der Erholungsfunktion des Waldes sowie seine Funktion als Quelle erneuerbarer Rohstoffe genannt. Gerade der Rohstoff Holz hat in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen.

Erlauben Sie mir an dieser Stelle auch einen Hinweis auf die aktuelle Verbissssituation im Bergwald. Die Zahlen hat unser Landwirtschaftsminister Brunner erst vor 14 Tagen vorgestellt. Der Verbiss ist bei Buche und Tanne um circa 20 %, bei der Fichte um ein Viertel zurückgegangen. Ich möchte hier explizit den Jägern und Waldbesitzern für die gute Zusammenarbeit danken. Die Entwicklung seit 2012 zeigt, dass im Bergwald die Verbissssituation durch das gute Miteinander stark verbessert wurde.

(Beifall bei der CSU – Florian von Brunn (SPD): Das ist Schönfärberei!)

Der Erhalt eines funktionsfähigen Schutzwaldes ist zentraler Baustein der bayerischen Klimaanpassung. Zwischen 2005 und 2014 wurden zur Sanierung des Schutzwaldes bei leicht steigender Tendenz der Sanierungsflächen 27,8 Millionen Euro eingesetzt.

Nur kurz zum Thema Tourismus und Flächennutzung: Die Alpen sind neben Lebens- und Wirtschaftsraum natürlich auch ein attraktives Ziel für Touristen, und zwar im Sommer wie im Winter. Wir legen immer Wert darauf, dass es sich um einen nachhaltigen und verträglichen Tourismus handelt. In unterschiedlichen Genehmigungsverfahren wird sowohl auf die Umweltverträglichkeit als auch auf die Weiterentwicklung des touristischen Angebotes geachtet, ohne die Belange der Sicherheit und der Wirtschaftlichkeit außer Acht zu lassen. Vieles trägt zu einem naturverträglichen Tourismus bei. Es werden nicht nur Veranstaltungen wie die Bayerntour unterstützt, sondern es gibt mittlerweile auch ein Bayernnetz für Radler und Hotels wie zum Beispiel die Explorer-Hotels, die ausschließlich regenerative Energien verwenden.

Ein wesentlicher Aspekt einer nachhaltigen Entwicklung ist auch flächensparendes und bodenschonendes Vorgehen. Das wurde bereits erwähnt. Seit 2007 findet im zweijährigen Turnus beispielsweise das Bayerische Flächensparforum statt, und zwar war es 2013 in Sonthofen und 2015 in Bad Reichenhall. Das LEP verfügt mit dem Al-

penplan über ein Instrument, das die Flächenansprüche für die Infrastrukturen, für die ökologischen Schutzzwecke, für touristische Ansprüche, für die Abwehr von Naturgefahren sowie für den Schutz des Menschen zu einem angemessenen Ausgleich bringt.

Zur Unterstützung von Nicht-Regierungsorganisationen und Kommunen will ich am Ende nur noch kurz sagen: In den letzten Jahren hat die Unterstützung der Kommunen sehr stark zugenommen. Ich möchte insbesondere die Kooperation mit dem Gemeindenetzwerk "Allianz in den Alpen" hervorheben. "Austauschen, anpacken und umsetzen" ist der Leitgedanke dieses Netzwerkes.

Darüber hinaus fördert der Freistaat Aktivitäten von Nicht-Regierungsorganisationen, zum Beispiel im Rahmen des Landesförderprogramms oder mithilfe geeigneter EU-Förderprogramme. Ein besonderes bayerisches Anliegen ist dabei, die Arbeit stärker umsetzungsorientiert auszurichten und vor allem so zu gestalten, dass die Konvention vor Ort insbesondere auf kommunaler Ebene auf mehr Akzeptanz stößt. Dies erfordert es, die Alpenkonvention stärker als integrativen Gestaltungsrahmen zu nützen, statt stets ihren einschränkenden Charakter als Rechtsvorschrift zu betonen. Die bayerischen Alpen dürfen nicht zu einem Gebiet mit Betretungsverbot werden, das die Menschen ausschließt; denn es ist immer noch ihre und unsere Heimat.

(Florian von Brunn (SPD): Wer will das denn?)

Mir persönlich ist es wichtig, die Bewohner der Region mitzunehmen. Die Bewohner leben schließlich in, mit und von der Region, und nur mit ihnen zusammen wird die Alpenkonvention mit Leben erfüllt und positiv wahrgenommen. Es sind genau diese Menschen und ihre Vorfahren, die den Alpen ihr unvergleichliches Gesicht gegeben haben. Wir haben es nämlich in großen Bereichen nicht mehr mit einer Natur-, sondern mit einer Kulturlandschaft zu tun. Ich will hierzu abschließend Artikel 4 aus dem Protokoll zur Durchführung der Alpenkonvention im Bereich der Berglandwirtschaft zitieren:

Die Vertragsparteien sind sich darüber einig, dass insbesondere in den Berggebieten die Landwirtschaft im Laufe der Jahrhunderte die Landschaft geprägt und ihr historischen Charakter sowie kulturellen Wert verliehen hat. Die Landwirte sind deshalb auch in Zukunft aufgrund ihrer multifunktionalen Aufgaben als wesentliche Träger der Erhaltung der Natur- und Kulturlandschaft anzuerkennen und in die Entscheidungen und Maßnahmen für die Berggebiete einzubeziehen.

Es geht hier um ein Miteinander statt um ein Gegeneinander. Ich will das Ganze ausdehnen; denn es geht hier nicht nur um die Bauern, sondern um die ganze Bevölkerung, die in den Alpen lebt. Auch der Tourismus ist für deren Existenz bedeutend – auch für die Existenz der Landwirte; das sage ich in aller Deutlichkeit, weil auch der Alm- oder Alpbauer seine Buttermilch und seine Brotzeit verkauft. Auch er braucht den Tourismus. Die Bevölkerung ist hier das Salz der Berge, und sie prägt sie weiter. Deren Wille muss gehört werden.

Der Kollege ging eben auf Grasgehren und das Riedberger Horn ein. Er hat versucht, die Ministerin unter Druck zu setzen. Das Ganze geht sowohl mit der Alpenschutzkonvention als auch mit dem Bodenprotokoll konform. Das wollen wir hier festhalten.

Ich danke ausdrücklich auch unserem Vorsitzenden des Arbeitskreises Umwelt, Herrn Dr. Otto Hünnerkopf, der zusammen mit dem Arbeitskreis der Fraktion das Gebiet besucht hat, damit wir es uns in Ruhe anschauen und uns ein Bild von der Situation machen können.

Wir haben eben gehört: Egal, wo die Menschen leben, sie sollten gleichbehandelt werden. Das war auch Ziel der Enquete-Kommission. Deshalb müssen die vor Ort lebenden Menschen gehört und muss unterschieden werden; denn die Forderungen stammen nicht von irgendwelchen anonymen Bergbauern, sondern die Bergbauern sind involviert und haben unterschrieben, dass sie das Ganze unterstützen.

(Beifall bei der CSU)

Es fehlt diesen Menschen an Existenzmöglichkeiten, wenn der Tourismus nicht fortentwickelt werden kann und darf.

(Florian von Brunn (SPD): Das ist ein Rückschritt und keine Fortentwicklung!)

– Das sagen Sie. Ich sage Ihnen, was in der Alpenkonvention steht.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten – Zuruf der Abgeordneten Christine Kamm (GRÜNE))

– Frau Kamm, Sie schreien laut, aber deshalb wird es nicht wahrer. In der Alpenkonvention steht ausdrücklich, dass man einen gelenkten Tourismus will. Ich lade Sie alle ein, an einem Neuschnee-Morgen auf das Riedberger Horn zu kommen. Sie werden sehen, dass Skitourengeher und Schneeschuhwanderer sozusagen schon mit der Stirnlampe die Alpenzone C erschlossen haben. Ihr Quellgebiet der Birkhühner ist also nicht mehr unberührt.

(Florian von Brunn (SPD): Der Lift macht es dann besser?)

Deshalb ist ein gelenkter Tourismus auch für die Natur immer besser. Über Angleichungsmaßnahmen können wir immer noch reden. Wir werden auf große Zustimmung stoßen, wenn wir dort ein Betretungsverbot erlassen, wo die Natur ihren Teil an sich nehmen kann. Das Zielangleichungsverfahren klingt furchtbar bürokratisch, meint aber etwas ganz Einfaches: Unter gewissen Umständen ist es möglich, von der strengen Grenzziehung der Schutzkorridore im bayerischen Alpenraum abzuweichen, wenn ein entsprechendes öffentliches Interesse besteht. Das wird man in Ruhe darstellen. Aber wenn Sie vor dem Klimawandel warnen, muss man ganz klar sagen: In dem Gebiet, über das wir reden, gibt es Schnee ohne Ende. Das heißt, das nicht fortzuentwickeln, wäre eine Schande.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU – Zuruf der Abgeordneten Christine Kamm (GRÜNE))

– Frau Kamm, ich lade Sie ausdrücklich ein, mit mir hinzugehen.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten – Zuruf der Abgeordneten Christine Kamm (GRÜNE))

– Ich lade Sie ein, dass wir das Gebiet auch einmal zu Fuß erschließen.

(Christine Kamm (GRÜNE): Das kann ich selber ohne Sie! – Allgemeine Heiterkeit)

Da ziehen wir unsere Wanderschuhe an, gehen zusammen hoch und schauen, wie es dort aussieht.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Frau Kamm, Zwischenrufe sind erlaubt, aber Zwischenschreie nicht.

Eric Beißwenger (CSU): Danke, Herr Präsident. Ich schreie zurück. – Ich halte es für ganz vermessend, eine Entscheidung, die dort von allen Kommunalparlamenten mit Bürgermeistern mitgetragen wird, einfach zu übergehen. Das halte ich für etwas ganz Respektloses. Das hat mit der Alpenkonvention nichts zu tun.

(Beifall bei der CSU)

Im Übrigen bin ich auch der Meinung, dass das alles nicht die massive Relevanz hat, zu der es hochgespielt wird. Ich muss ganz klar sagen: Die Alpen würden nicht zusammenbrechen, wenn da eine Bergbahnverbindung käme. Aber das Verfahren läuft. Es wird in Ruhe geprüft und dann entschieden.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Kollege, Kollege Hartmann hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. Bitte bleiben Sie noch am Rednerpult.

Ludwig Hartmann (GRÜNE): Danke für Ihre Ausführungen. Gerade haben Sie gesagt, dass es massenweise Maßnahmen und Projekte zur Unterstützung gäbe, in wel-

che die Kommunen eingebunden werden, die Sie als wichtige Akteure im Alpenschutz erwähnt haben. Ist Ihnen eigentlich bekannt, dass es die Staatsregierung im Rahmen der Beantwortung gerade mal geschafft hat, vier ganze Projekte in zehn Jahren aufzuführen? Ist das nicht etwas wenig? Das sind vier Projekte in zehn Jahren für alle Kommunen am Alpenrand. Das verkaufen Sie als Erfolg. Ich muss ganz ehrlich sagen, dass ich das Gefühl habe, Sie haben das nicht gelesen. Oder geben Sie sich mit vier Projekten in zehn Jahren zufrieden?

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Das steht halt auf dem Papier, das er vorgelesen hat!)

Das ist wirklich lächerlich und erbärmlich.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinholt Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Herr Kollege Beißwenger, Sie haben das Wort.

Eric Beißwenger (CSU): Herr Hartmann, was soll ich dazu sagen?

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Nichts!)

Das ist ganz einfach. Die Antwort könnte Sie vielleicht verunsichern. Wir könnten jetzt stundenlang über die Gesamtzahl der Projekte reden. Das wäre überhaupt kein Thema. Die Alpen haben sich fortentwickelt. Glauben Sie mir das, ich lebe da.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinholt Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächster hat der Kollege von Brunn von der SPD-Fraktion das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Florian von Brunn (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! "DER SPIEGEL" widmete den Alpen im Jahr 1977 eine Titelgeschichte. Es ging um die Situation nach dem massiven Ausbau des Tourismus in den Sechziger- und

Siebzigerjahren. Bayerns Gebirge erscheine "Millionen von Bundesbürgern zwar immer noch als Idyll voller Enzian und Edelweiß, Almenrausch und Alpenglühen, wo der Wildbach rauscht und der Förster im Silberwald pirscht". Aber die Alpen seien bedroht von den Folgen des Massentourismus, von Zersiedlung und Landschaftszerstörung. In derselben Ausgabe legte der Fernsehjournalist und Naturschützer Horst Stern den Finger auf die Widersprüche: "Erst geht die Kuh, dann geht der Gast – wen soll man da noch melken?"

Unter Ministerpräsident Goppel und mit Max Streibl als erstem Umweltminister eines deutschen Bundeslandes wurde 1972 der Bayerische Alpenplan verabschiedet. Im Jahr 1984 fasste der Bayerische Landtag seinen Bergwaldbeschluss. Im Jahr 1989 verabschiedeten die Alpenstaaten und die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft auf der ersten Alpenkonferenz in Berchtesgaden die Berchtesgadener Resolution, die Grundlage für die spätere Alpenkonvention. Der Abschluss der Alpenkonvention war ein wichtiger Schritt zum Schutz der Alpen. Deswegen ist es wichtig, dass wir heute diskutieren, wo Bayern bei der Umsetzung dieser Konvention steht.

Die Alpen mit ihren traditionellen Erwerbs- und Lebensformen waren und sind prägend für Heimat und Gesellschaft. An dieser Stelle wundere ich mich, dass der Heimatminister dieser Debatte nicht beiwohnt.

(Zurufe von der CSU: Der ist doch da!)

- Er sitzt da hinten. Das ist wunderbar, umso mehr freuen wir uns. – Der Naturraum Alpen ist eine Schatzkammer der Natur und ein Menschheitserbe. Die bayerischen Alpen sind die artenreichste Region des Freistaats. Viele Pflanzenarten gibt es nur in den Alpen. Das Gleiche gilt für viele Tierarten. Viele der Arten- und Lebensräume der Alpen sind in den Anhängen der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie - FFH-Richtlinie - und der Vogelschutzrichtlinie aufgeführt und stehen damit unter besonderem Schutz.

In Sonntagsreden und Hochglanzprospekten betont die Staatsregierung gerne die Bedeutung der Alpen. In Wirklichkeit mangelt es in Bayern jedoch an einer Alpenpolitik,

die der Alpenkonvention wirklich ausreichend Rechnung trägt. Das zeigt sich symbolhaft schon daran, dass im Bayernplan der CSU das Wort "Alpen" nicht ein einziges Mal auftaucht.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): So ist es!)

Mit dem Protokoll "Naturschutz und Landschaftspflege" zur Alpenkonvention hat sich Deutschland verpflichtet, die alpine Natur und Landschaft zu schützen, zu pflegen und, wo notwendig, wiederherzustellen. Das Protokoll schreibt vor, bei Planungen die Ziele des Naturschutzes und der Landschaftspflege zu berücksichtigen. Bei Eingriffen müssen sowohl die direkten als auch die indirekten Einwirkungen überprüft werden. Nicht ausgleichbare Beeinträchtigungen dürfen nur unter sehr restriktiven Bedingungen zugelassen werden. Die Realität in Bayern ist eine andere. Die Genehmigungspraxis bei Projekten, die erheblich in die Natur eingreifen, ist mehr als lasch. Im Zweifel gilt doch: Der Investor hat Vorrang. Das ist doch die Realität.

Die Probleme beginnen bei unzureichenden Unterlagen und enden bei der fehlenden Durchsetzung und Kontrolle von Auflagen und Ausgleichsmaßnahmen. So muss die Regierung in der Antwort auf die heute aufgerufene Interpellation einräumen, dass bei allen seit 2006 durchgeführten FFH-Verträglichkeitsuntersuchungen kein einziges Vorhaben wegen erheblicher Beeinträchtigung abgelehnt wurde. Artikel 11 des Protokolls "Naturschutz und Landschaftspflege" verpflichtet die Vertragsparteien, Schutzgebiete nicht zu beeinträchtigen oder zu zerstören. Nach Möglichkeit sind auch neue Schutzgebiete auszuweisen. In den letzten zehn Jahren wurde aber nur ein Landschaftsschutzgebiet ausgewiesen. Herr Kollege Hartmann hat bereits ausgeführt, dass dies nach dem Prinzip "aus Alt mach Neu" geschieht. Netto wurden mindestens 900 Hektar an Flächen aus bestehenden Landschaftsschutzgebieten herausgenommen. Ein neues Naturschutzgebiet wurde überhaupt nicht ausgewiesen. Nebenbei bemerkt: Der Landkreis Miesbach würde sich als einziger Alpenlandkreis ohne Naturschutzgebiet mit dem Rotwandgebiet durchaus aufdrängen.

(Beifall bei der SPD)

Es scheint sogar, dass die Entwicklung in die gegenteilige Richtung geht. Herr Kollege Beißwenger, am Riedberger Horn soll ein neuer Verbindungslift zwischen den Skigebieten Balderschwang und Grasgehren in der Schutzone C des Bayerischen Alpenplans in einem rutschgefährdeten Gebiet gebaut werden. Das hat das Landesamt für Umwelt festgestellt. Das steht in klarem Widerspruch zum Bodenschutzprotokoll der Alpenkonvention.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): So ist es!)

Dabei wird in Kauf genommen, dass ein wichtiger Bestand des streng geschützten Birkhuhns, von dem es in Bayern nur noch rund 300 Brutpaare gibt, gefährdet wird und ein FFH-Gebiet mit großen Biotoptypen betroffen ist. Zudem soll Bergwald gerodet werden. Das steht im Widerspruch zum Bergwaldbeschluss des Bayerischen Landtags, der Rodungen für neue Freizeiteinrichtungen verbietet.

Sie haben das Argument angeführt, es handle sich um das schneesicherste Gebiet Bayerns – Bayerisch-Sibirien. Ich frage Sie: Warum sind dann eine künstliche Beschneiung sowie ein großes Beschneiungsbecken geplant?

(Beifall bei der SPD)

Die Frage, was am Riedberger Horn passiert, markiert in Wirklichkeit einen Wendepunkt. Mit Macht werden neue Präzedenzfälle geschaffen und wird Profit vor Natur gestellt. Haben die Alpenkonvention, der Bayerische Alpenplan, der Bergwaldbeschluss und der Alpenschutz insgesamt für Staatsregierung und CSU-Fraktion noch irgendeine Bedeutung?

Ein wichtiges Thema, das aus unserer Sicht zu wenig Beachtung findet, ist der Klimawandel in den Alpen. Durch die Klimaerwärmung verschieben sich die Grenzen der Verbreitungsgebiete vieler Arten. Arten mit höheren Temperaturansprüchen dehnen bereits heute ihr Areal aus. Dazu zählen zum Beispiel invasive Arten. Gleich-

zeitig kommt es zu einem Rückgang oder sogar zu einem Verschwinden von kältezeigenden und kontinentalen Arten. Besonders gefährdet sind Tier- und Pflanzenpopulationen mit beschränkten Ausbreitungsmöglichkeiten und kleinen oder fragmentierten Arealen. Ein Naturschutz, der sich auf kleinflächige isolierte Schutzgebiete beschränkt, kann den damit verbundenen Verlust an Biodiversität nicht ausgleichen.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen ist es erforderlich, gerade in den Alpen einen großräumigen Biotopverbund zu schaffen. Bestehende Schutzgebiete müssen gegebenenfalls erweitert und neue Schutzgebiete ausgewiesen werden, wo neue Lebensräume entstanden sind oder entstehen. Gerade für den Prozessschutz müssen deutlich größere Flächen zur Verfügung gestellt werden. Es müssen weitere Naturwaldreservate im Bergwald geschaffen werden, wie es der Artikel 10 des Bergwaldprotokolls der Alpenkonvention fordert. Der Anteil von nur 0,6 % an der Bergwaldfläche in Bayern reicht dafür nicht aus.

Das Bergwaldprotokoll fordert ausdrücklich die Begrenzung der Schalenwildbestände auf ein Niveau, das eine natürliche Verjüngung von Bergwäldern ohne besondere Schutzmaßnahmen – das betone ich besonders – ermöglicht. Das aktuelle Forstliche Gutachten, das auch Herr Kollege Beißwenger zitiert hat, zeigt, dass immer noch erheblicher Handlungsbedarf besteht. Die Durchsetzung des Grundsatzes "Wald vor Wild" spart im Übrigen dem Steuerzahler hohe Summen für Anpflanzungen, Wildschutzzäune und Lawinenverbauungen. Außerdem wird die Artenvielfalt gesichert und erhöht.

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, die künstlich beschneite Fläche in den bayerischen Alpen hat sich in den letzten zehn Jahren auf 723 Hektar verdoppelt. Diese Entwicklung wird durch die Staatsregierung angetrieben, die den Weg in diese Sackgasse vor dem Hintergrund des Klimawandels auf Kosten des Steuerzahlers immer weiter ausbaut.

(Beifall bei der SPD)

Der Ausbau der künstlichen Beschneiung wird durch den Freistaat über die Seilbahnrichtlinie und, zusammen mit dem Bund, über die Spitzensportförderung gefördert. Mit der Änderung der Grundsätze für die Genehmigung von Beschneiungsanlagen im Jahr 2005 wurden die gesetzlichen Vorgaben deutlich gelockert. Die Ausführungen sind jetzt, lassen Sie mich das so formulieren, vor allem Kann- und Soll-Bestimmungen, die in der Realität auch noch flexibel ausgelegt werden.

Bei den zahlreichen Beispielen, vom Berchtesgadener Land bis in das Allgäu, ergibt sich fast überall das gleiche Bild: Rodung von Berg- und teilweise Schutzwald, Zerstörung von Biotopen und ein immer größerer Umgriff der künstlichen Beschneiung. Aus meiner Sicht ist das am besten in Garmisch-Partenkirchen sichtbar. Die dortigen Skigebiete und mit ihnen die künstliche Beschneiung wurden in den letzten 15 Jahren massiv ausgebaut, insbesondere für die Ski-WM 2011. Für den Aus- und Neubau der Kandahar-Strecke wurden mehr als 20 Hektar Bergwald gerodet und Almwiesen planiert. Der Ausbau und die Verbreiterung der FIS-Piste mit den damit verbundenen Erdarbeiten führten zu massiven Erosionserscheinungen und Hanglabilitäten.

Wegen des immensen Verbrauchs wird Wasser aus dem Tal aus alten Tiefenbrunnen auf den Berg gepumpt und bei zu hohen Temperaturen auch noch künstlich gekühlt. Im Winter 2010/2011 wurde während der Ski-WM durch die massive Beschneiung ein Verbrauchsrekord erreicht. 350.000 Kubikmeter Wasser wurden für die künstliche Beschneiung eingesetzt.

Tatsächlich haben sich aber die Investitionen in die Wintersport-Infrastruktur für Garmisch-Partenkirchen offensichtlich nicht gelohnt. Der Ort ist hoch verschuldet. Unter dem früheren Bürgermeister wurden sogar die rund 200 Sozialwohnungen verkauft; stattdessen wurde in Schneekanonen investiert. Der Aus- oder Neubau künstlicher Beschneiungsanlagen hat aber auch schwerwiegende Umweltauswirkungen. Besonders negativ wirken die Maßnahmen oberhalb der Baumgrenze, wo die Vegetation besonders sensibel ist. Aber auch darunter gibt es erheblich negative Konsequenzen.

Die schweren Erdarbeiten ziehen sich vom Tal bis zur Bergstation und zerstören die Alpenvegetation.

Das Ziehen von Gräben, die Verlegung von Leitungen und Pistenplanierungen führen zusammen mit dem Kunstschnne, der viel mehr Wasser enthält als der natürliche Schnee, zu einem völlig veränderten Wasserablauf und damit vielfach zu Erosionen. Der enorme Wasserbedarf für die Beschneiung verändert den gesamten Wasserhaushalt am Berg, weit über das Skigebiet hinaus, mit fatalen Auswirkungen auf die Natur. Da das Wasser für die Beschneiung meist viel nährstoffreicher ist als natürlicher Schnee, verändert sich die Zusammensetzung der Vegetation. Das ist das Ende der natürlichen und standortüblichen Flora. Ein drastischer Rückgang der Artenvielfalt und der Verlust seltener Pflanzen ist häufig die Folge. Das widerspricht aber dem Bodenschutzprotokoll der Alpenkonvention, das darauf abzielt, ökologische Bodenfunktionen qualitativ und quantitativ langfristig zu erhalten.

Auch die Tierwelt wird durch den Bau gestört und beeinträchtigt, am Tag durch den Betrieb und in der Nacht durch die Pistenpräparierung. Interessanterweise wird der Ausbau der künstlichen Beschneiung von der Mehrheit der Bevölkerung abgelehnt. In einer bundesweiten Umfrage von "ZEIT ONLINE" im Januar 2015 lehnten dies bundesweit 56 % der Befragten ab. In Bayern waren es sogar 61 %. Die Menschen kommen nämlich in ihrer Mehrzahl nicht zum Skifahren nach Bayern. Sie suchen vielmehr Naturerlebnisse, Ruhe und Erholung. Nach einer Befragung der Fachhochschule Kempten betreiben nur 20 % der Gäste im Allgäu Wintersport. In Oberbayern sieht es ähnlich aus: In Garmisch-Partenkirchen kommen 60 % der Gäste im Sommer. Mehr als 70 % - manche Studien sprechen sogar von mehr als 85 % - betreiben kein Alpin-Skifahren.

Die für das Bundesumweltministerium" erstellte Studie "Reiseanalyse 2014 – Nachfrage für nachhaltigen Tourismus" kommt zu dem Ergebnis: "Es gibt in Deutschland eine beträchtliche Nachfrage nach umweltfreundlichen und nachhaltigen Urlaubsangeboten - aber kein ausreichendes Angebot". Auch im Tourismus-Protokoll der Alpenkon-

vention werden eine nachhaltige touristische Entwicklung und umweltverträglicher Tourismus gefordert. Leider ist das bayerische Wirtschaftsministerium offensichtlich nicht bereit, die entsprechenden Schlüsse zu ziehen. Stattdessen wird gebetsmühlenhaft die Bedeutung der Wintersportindustrie betont, ohne dass diese Behauptung anhand von handfesten Zahlen erläutert wird, zum Beispiel durch die Darstellung, wie viele sichere und gut bezahlte Arbeitsplätze, nicht prekäre Beschäftigungsverhältnisse, tatsächlich am alpinen Skibetrieb hängen.

Dabei gibt es in Bayern viele gute, sogar hervorragende Ansätze auf kommunaler Ebene und auf Landkreisebene. Dort passiert das, was die Staatsregierung vermissen lässt. In der Ramsau wurde zum Beispiel das erste Bergsteigerdorf in Deutschland gekürt, eine Auszeichnung, die der Deutsche Alpenverein gerade vergeben hat. Ein weiteres Beispiel sind die Alpine Pearls, zum Beispiel die Gemeinden Bad Reichenhall und Berchtesgaden mit ihrem guten öffentlichen Verkehrskonzept. Außerdem nenne ich das Ökomodell Achental und die Aktion des Alpenvereins "So schmecken die Berge".

Gerade die Verbindung von Tourismus, Naturschutz, extensiver Landwirtschaft und regionaler Direktvermarktung ist ein Erfolgsrezept für mehr Touristen und einen Wertschöpfungs-Spillover in andere Bereiche wie Landwirtschaft, Gastronomie und Gewerbe. Die Gemeinde Werfenweng im Salzburger Land bietet ein hervorragendes Beispiel für ein nachhaltiges und klimafreundliches Verkehrskonzept. Dafür gibt es aber auch in Deutschland Vorzeigeprojekte wie das Konzept "Bad Hindelang PLUS" oder die KönigsCard im Naturpark Ammergauer Alpen, die nicht nur die kostenlose Nutzung des öffentlichen Verkehrs ermöglicht, sondern auch das Entleihen von Fahrrädern und Pedelecs.

Trotzdem ist ein weiterer Ausbau des umwelt- und klimafreundlichen Verkehrs für die Ferienregionen in den Alpen überfällig. Auf vielen Strecken reicht die Kapazität schlicht nicht aus; gerade an den Wochenenden sind die Bahnen und Busse überfüllt. Vor allem müssen mehr landkreisübergreifende Busangebote geschaffen werden.

Ganz oben steht auch das Thema der Fahrradmitnahmemöglichkeiten in Bussen und Bahnen.

Fazit: In Bayern fehlt es an einer nachhaltigen Alpenpolitik, die sich an der Alpenkonvention orientiert.

(Beifall bei der SPD)

Das wird für mich an der Genehmigungspolitik deutlich, bei der die Natur das Nachsehen hat und die Ausnahme zur Regel gemacht wird. Das wird auch an dem von der Staatsregierung gezielt geförderten massiven Ausbau der künstlichen Beschneiung ohne Rücksicht auf Verluste sowie am Unwillen oder der Unfähigkeit, nachhaltigen und umweltverträglichen Tourismus ausreichend zu fördern, deutlich. Es wird schließlich an den Defiziten deutlich, den Naturraum Alpen ausreichend auf den Klimawandel vorzubereiten. Deswegen danke ich den GRÜNEN für ihre Interpellation. Ich hoffe, die Staatsregierung wird die heutige Debatte zum Anlass nehmen, ihre Politik in diesem Bereich grundsätzlich zu überdenken und deutlich mehr für den Schutz der Alpen zu tun.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Zum Schluss möchte ich mich ganz herzlich bei den anwesenden Vertreterinnen und Vertretern des Deutschen Alpenvereins, des Vereins zum Schutz der Bergwelt, des Landesbundes für Vogelschutz, der Internationalen Alpenschutzkommission CIPRA Deutschland und von Mountain Wilderness bedanken. Ein herzliches Dankeschön gilt auch den vielen Haupt- und Ehrenamtlichen für ihr Engagement zum Schutz der bayerischen Alpen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinholt Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächster hat Herr Kollege Streibl vom BÜNDNIS 90, nein, von den FREIEN WÄHLERN das Wort.

(Heiterkeit)

Wenn man nach links schaut, kommt man schnell zum BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Heute hat er eine grüne Krawatte an!)

Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Deswegen müssten wir auch mehr in der Mitte sitzen. Dort sitzen aber welche, die eigentlich mehr nach links gehören würden. – Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Frau Ministerin Scharf, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn es um das Thema Alpen geht, wird es oft irrational, sentimental oder unangemessen großenwahnsinnig. Entweder wird die Natur verklärt und romantisiert, oder es geht um gigantische Luxusprojekte, die geplant werden müssen, oder es geht um eine kitschige Almhüttengaudi. Das Bemerkenswerte dabei ist jedoch, dass die Aussagen dazu meist von Leuten kommen, die nicht im Alpenraum leben, sondern irgendwo außerhalb in Ballungszentren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zum Thema Natur und Wildnis möchte ich eines festhalten: Eine Natur in ihrem eigentlichen Sinn und ihrer eigentlichen Definition, nämlich als vom Menschen unberührte Landschaft, haben wir im bayerischen Alpenraum seit vielen Jahren nicht mehr. Der Alpenraum ist eine von Menschenhand geschaffene Kulturlandschaft. Die ersten Siedler kamen bereits im dritten Jahrtausend vor Christus. Sie machten sich zuerst die oberen Hanglagen oberhalb der Waldgrenze nutzbar, wo heute mancher Stadtmensch nur noch mit der Seilbahn hinaufkommt.

Zu Schaffung von Weideflächen wurden Brandrodungen durchgeführt. Die Menschen drangen in die mittleren Hanglagen vor und schließlich in die Täler, wo heute unser Siedlungsraum ist. Ich halte somit fest: Der Alpenraum ist Kulturlandschaft und vor allem Lebensraum für über 1,3 Millionen Menschen in Bayern. Die Menschen, die dort leben, stehen vor großen Herausforderungen. Der Klimawandel wird die gesamte Region mittel- bis langfristig massiv verändern. Es geht nicht vorrangig darum, dass dann

noch genügend Schnee für den Wintersport fällt. Es geht darum, dass die Menschen, die dort leben, auf die Gefahren, die der Klimawandel mit sich bringt, vorbereitet und vor ihnen geschützt werden, und darum, den Lebens-, Kultur- und Wirtschaftsraum Alpen als Heimat für die Menschen, die dort leben, zu erhalten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Die Alpenkonvention ist, wie wir heute schon gehört haben, ein völkerrechtlicher Vertrag. Die Staatsregierung betont in ihrer Vorbemerkung zur Interpellation, die Alpenkonvention solle mehr als Gestaltungsrahmen denn als Rechtsvorschrift gesehen werden. Dann werden seitenlange Loblieder gesungen, wie man welche Vorschrift schon erfolgreich umgesetzt hat. Aber das ist doch gar nicht das Thema, meine Damen und Herren. Wir sollten nicht darüber diskutieren, wie ein jeder von uns dieses komplexe Vertragswerk auslegt, sondern wir sollten uns um die Menschen kümmern, die letztlich betroffen sind, nämlich die Menschen, die in den Alpen leben. Ich werde das Gefühl nicht los, dass es den meisten hier gar nicht darum geht, für die Menschen, die dort wohnen und arbeiten, den Lebensraum zu erhalten, zu gestalten und zu schützen, sondern eher darum, wie man für natursehnsüchtige Stadtmenschen die ideale Erholungslandschaft schafft, wie man Freizeitsportlern das beste Spektakel bieten kann oder wie man für die Naturfreaks eine seit Jahrtausenden nicht mehr existierende Wildnis wiederherzustellen versuchen kann.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Florian von Brunn (SPD): Alles Unterstaltung!)

Die Alpen sind anscheinend für jeden da, aber nicht für die Menschen, die dort leben. Das muss man auch mal festhalten. - Im Rahmen der Alpenkonvention gibt es einige Projekte, die angestoßen wurden und die durchaus eine sinnvolle Bereicherung für die Bevölkerung darstellen. Ein besonderes Beispiel ist hierbei die Schaukäserei in Ettal, die nicht nur für Gäste und Touristen da ist. Auch viele Einheimische kaufen dort ihre Lebensmittel wie Butter, Käse und Joghurt ein, weil sie wissen, wo diese Produkte

herkommen, weil sie wissen, dass die Milch vom Nachbarhof kommt, und weil sie dort schmackhafte, hochwertige Lebensmittel bekommen.

Es gibt weitere positive Entwicklungen in der Region, die uns für die Zukunft hoffnungsvoll stimmen. Die lokalen Dialekte als Träger von Kultur und Identität galten bis weit in die 1990er-Jahre als etwas Minderwertiges. Heute sind aber auch die jungen Leute wieder stolz darauf, dass man hört, wo einer herkommt. Sie kommen nach der Ausbildung oder dem Studium gerne wieder zurück in ihre Heimat, gesetzt den Fall, sie finden dort Arbeit und können sich eine Wohnung oder einen Baugrund leisten. Es findet also eine Art Identitätswandel statt. Junge Menschen wünschen sich einen Bezug zu ihrer Region, zu dem Ort, wo sie herkommen und aufgewachsen sind. Das gibt ihnen Halt in einer Welt, die uns zunehmend aus den Fugen gerät.

Nun komme ich zum Ökoplan Alpen. Zuerst spreche ich ein Lob aus: Der Ökoplan Alpen ist nicht so abstrakt wie das europäische Pendant EUSALP. Aber trotzdem besteht eher der Verdacht, dass wir nur viel Papier für den Ökoplan Alpen produzieren und Arbeitsgruppen gründen. Ob das am Schluss eine gesunde Entwicklung des Alpenraums fördert, mag dahingestellt bleiben. Ich möchte mich heute auf diesen Ökoplan Alpen konzentrieren. In Abschnitt 1, "Lebensgrundlage Boden sichern", heißt es: Der Flächenverbrauch soll reduziert werden, zum Beispiel durch flächensparendes und bodenschonendes Bauen. - Das klingt schön, ist aber nach meiner Meinung substanz- und inhaltslos. Meine Damen und Herren, eigentlich geht es doch darum, wer bei uns in den Bergen noch bauen kann. Wie kommen Einheimische überhaupt noch zu bezahlbarem Baugrund? - Da wäre zum Beispiel die Erbpacht ein Ansatzpunkt. Herr Finanzminister, da könnten Sie mal zuhören. Gerade die Erbpacht, die jetzt in vielen Fällen ausläuft, könnte Einheimischen wieder die Möglichkeit geben, in der Heimat zu leben und zu bauen, wenn man diese Verträge verlängern und nicht auf dem freien Markt irgendwelchen Norddeutschen anbieten würde.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, Grundbesitz ist nämlich eine elementare Säule unserer Lebenswelt, egal ob in den Alpen oder anderswo auf diesem Planeten. Grundbesitz ist ein Familiengut, das unter Menschen vererbt wird, die in eine Familie, in eine Eigentumskultur, hineingeboren werden. Diese fühlen sich dadurch verantwortlich, und zwar nicht nur für den eigenen Grund, sondern auch für die Nachbarn, für die Lebensbedingungen vor Ort, für die Erwerbsmöglichkeiten und für die Landschaft vor ihrer Haustür, kurz gesagt, für ihre Heimat. Wer Grundbesitz hat, fühlt sich einer Gemeinde, einer Region, einer Gemeinschaft zugehörig. Meine Damen und Herren, das sind elementare Voraussetzungen für eine lebendige Demokratie.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wenn die Gemeinden im Alpenraum nur noch Wochenenddomizile für Stadtmenschen sind - -

(Florian von Brunn (SPD): Haben Sie etwas gegen Stadtmenschen? – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Wenn es zu viele sind!)

- Wir haben nur etwas dagegen, wenn sie gescheit daherreden und meinen, uns belehren zu müssen, wie wir zu leben haben. Wenn die Einheimischen täglich vier Stunden pendeln müssen, verliert man die Wurzeln, die Basis, die für eine Gemeinschaft nötig ist.

(Florian von Brunn (SPD): Am Ende sind die Stadtmenschen noch evangelisch!)

Meine Damen und Herren, es folgt Abschnitt 2: "Lebensgrundlage Wasser sichern".

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Weihwasser!)

Die Karstgebiete sind unsere wichtigsten Trinkwasserspeicher im Alpenraum. Im Öko- plan steht, wir wollen die Schadstoffquellen von Fließgewässern reduzieren. Das hört sich gut an, aber es stellt sich natürlich die Frage, wo wir hinwollen; denn wir hier ge-

hören zu den glücklichen Bewohnern dieses Planeten, die ihr Wasser aus der Leitung trinken können.

Der Großteil der Landwirte, zum Beispiel in den Landkreisen Miesbach und Bad Tölz, die im Trinkwassereinzugsgebiet der Stadt München wohnen und arbeiten, hat in den letzten Jahren auf ökologische Erzeugung umgestellt. Die Nebenerwerbslandwirte im Landkreis Garmisch-Partenkirchen wirtschaften zwar auf dem Papier meist nicht ökologisch. In der Praxis aber wirtschaften diese Grünlandbetriebe ökologisch-extensiv und damit wirklich ökologisch. Viele Wiesen in diesen Gebieten werden aufgrund ihrer Hanglage auch heute noch mit der Hand gemäht. Dort entstehen artenreiche Magerrasen mit der höchsten Artenvielfalt.

Das leitet zu Abschnitt 3 über: "Biodiversität erhalten". Meine Damen und Herren, auch wir, die FREIEN WÄHLER, sind dafür, dass die Artenvielfalt erhalten bleibt. Es stellt sich nur die Frage, wie wir das am besten bewerkstelligen. Die häufig geforderte Ausweisung von großflächigen Totalreservaten ist für uns keine Lösung; denn auch diese Form der Naturnutzung – nichts anderes stellt das dar: die Nutzung der Alpen als Ausgleichsraum für ein intensiv genutztes und dicht besiedeltes Zentraleuropa – wird von außen bestimmt, nicht von den Menschen, die in den Alpen leben.

Meine Damen und Herren, die Fachleute kennen die Studie "BIOTREE" – 100 –, die von Forschern des Max-Planck-Instituts durchgeführt wurde. Das Ergebnis dieser Studie ist für manchen Naturschützer schwer verdaulich; denn die wichtigste Erkenntnis dieser Studie ist, dass die größte Artenvielfalt im bewirtschafteten Forst herrscht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Florian von Brunn (SPD): Das ist leider eine Fehlinterpretation!)

An dieser Stelle möchte ich sagen, dass man gerade beim Schutz der Bergwälder und der Pflege der Bergwälder und der Schutzwälder den Mitarbeitern unserer Bayerischen Staatsforsten gratulieren und diese loben muss; denn wenn man zum Beispiel den bayerischen Staatsforst im Graswang-Gebiet anschaut, der sich seit über 180

Jahren im Staatsbesitz befindet, stellt man fest, dass dort keine einzige Art verloren gegangen ist. Das ist im Grunde das, was Sie unter einer Wildnis verstehen; aber das ist Kulturbergwald. Zur Information für Urwaldverfechter: Die größte Gefahr für die Artenvielfalt ist nicht die Bewirtschaftung des Waldes, sondern der Klimawandel. Dieser Herausforderung sollten wir uns viel stärker stellen. Dies wäre wichtiger als das hier diskutierte Thema.

Wir kommen zum nächsten Abschnitt: "Umweltbildungsarbeit verstärken". Dazu muss man sagen: Wer soll hier von wem gebildet werden? Für wen bauen wir das aus? Wer wird in die Bildungsarbeit eingebunden? Werden die Leute, die dort leben, die die Landschaft nutzen, pflegen und schützen, wie die Förster, die Jäger und die Landwirte, eingebunden? - Diese müssen eingebunden werden. Für wen bauen wir das Ganze aus? Bauen wir es für die Naherholer, für die Touristen, die zu uns kommen, die eine romantische Natursehnsucht stillen wollen, aus? Oder sollen wir es nicht lieber für unsere Kinder ausbauen, für unsere nächste Generation, damit diese wieder lernt, was Natur ist? - Früher hatte man mal Heimat- und Sachkundeunterricht,

(Thomas Gehring (GRÜNE): Den gibt es heute noch!)

bei dem man in die Natur hinausgegangen ist und gelernt hat, was ein Bergwald ist und welche Funktionen dieser Wald erfüllt und dass er kein Urwald ist, sondern ein Arbeitsplatz, ein Stück Kulturlandschaft, ein Rohstofflager, ein Lebensraum und ein Schutzwald, der für die Menschen, die im Tal leben, unverzichtbar ist.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Damit bekommt man ein Bewusstsein für die Umwelt und die Natur, und das auch auf recht kostengünstige Art und Weise. Man muss nicht für Millionen ein Naturinformationszentrum auf hohen Bergesgipfeln bauen, wo schöne Hochglanzbilder von Tieren und Pflanzen hängen, die man draußen in der Natur am Berg auch sehen kann, wenn man einfach nur rausgeht.

(Florian von Brunn (SPD): Wir brauchen beides!)

Meine Damen und Herren, es gibt auch Initiativen, die in die richtige Richtung gehen. Ein wichtiger Träger dabei sind die Landfrauen im Bayerischen Bauernverband. Sie vermitteln in Eigeninitiative ohne staatliche Aufforderung Kindern Werte. Sie vermitteln den Kindern, wo was wächst, wie man die Lebensmittel verarbeitet und Mahlzeiten und Essen herstellt. Dabei geht es nicht darum, zukünftige Hausfrauen oder Hausmänner zu erziehen. Nein, es geht um die Vermittlung von Werten, die unsere Gesellschaft tragen. Es sind Werte wie das Bewusstsein für den Wert von Lebensmitteln, das Bewusstsein für die Arbeit, die hinter diesen Lebensmitteln steht, und das Bewusstsein für den Boden, auf dem die Grundprodukte wachsen. Diese Werte müssen vermittelt werden, meine Damen und Herren.

Zu den Veränderungen des Klimas: Dass das Klima sich verändert, sehen wir. Dass der Klimawandel in den letzten 20 Jahren gravierende Ausmaße angenommen hat, erkennen wir, wenn wir auf die Zugspitze gehen, uns den Schneeferner-Gletscher anschauen und dann Bilder, wie es vor 80 Jahren war. In den Bergen sind wir extremen Gefahren ausgesetzt, Gefahren durch Lawinen- und Murenabgänge, durch Felsstürze, Schlammlawinen und Felsbrocken, die aus der Bergwand brechen und ganze Hänge zum Rutschen bringen. Das sind die Herausforderungen für eine Alpenkonvention, für einen Alpenplan. Wir müssen die Menschen und deren Lebensraum schützen. Damit haben wir sehr viel Arbeit vor uns. Die müssen wir anpacken.

Ich möchte noch auf eines hinweisen. Versuchen Sie bitte nicht, den Alpenraum als Versuchslabor für den Klimawandel zu nutzen. Man muss etwas tun und darf nicht nur einfach studieren und schauen, wie die Menschen im Alpenraum mit den Gefahren fertig werden. Es liegt sehr viel Arbeit vor uns. Deshalb wäre es schön, wenn die Bayerische Staatsregierung ein paar Gänge zulegen würde. Dieser Alpenraum muss es uns wert sein. Mit dem Alpenraum würde ein großes Stück an Identität, Heimat und auch an Natur verloren gehen. Eines muss man klar sagen: Der bayerische Alpen-

raum ist zuerst eine Kulturlandschaft und ein Lebensraum. Er ist keine unberührte Wildnis, aber auch kein Freizeitpark. Er ist Heimat für die Menschen, die dort leben.

(Florian von Brunn (SPD): Und Naturraum! Beides!)

Diesen Lebensraum müssen wir so gestalten, dass die Menschen dort leben und ihr Lebensglück finden können und nicht gezwungen werden wegzuziehen. So viel auch zu den gleichwertigen Lebensverhältnissen in Bayern.

Es gibt viel zu tun. Wir dürfen uns von den schönen Bildern der Berge, der Seen, der Hirsche und der Rehe nicht täuschen lassen. Das alles ist schön, aber davon kann man nicht runterbeißen.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herr Kollege, bitte beachten Sie Ihre Redezeit.

Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Man muss diesen Raum auch für die Menschen, die dort leben, erhalten, damit sie ihr Auskommen haben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. Einen Moment bitte. Abgeordneter Steiner hat sich für eine Zwischenbemerkung gemeldet.

Klaus Steiner (CSU): Herr Kollege Streibl, Sie haben vorhin angesprochen, dass es für unsere Einheimischen immer schwieriger wird, in unseren Alpengemeinden zu bleiben. Ich darf Sie daran erinnern, dass es Ihr hochgeschätzter Herr Vater war, der in den 1970er-Jahren als bayerischer Umweltminister – ich war bei diesem Kongress schon als Schüler zugegen – dieses Problem in Angriff genommen hat. Er hat für die Einheimischen die sogenannten Einheimischenmodelle entwickelt. Das, was wir jetzt mit den gleichwertigen Lebensverhältnissen machen, ist die Fortsetzung dieses Programms. Wir schaffen mit Einheimischenmodellen bezahlbaren Baugrund. Das wurde im sogenannten Traunsteiner Modell und im sogenannten Weilheimer Modell erfolgreich realisiert. Zwischenzeitlich sind diese erfolgreichen Modelle über den ganzen Al-

pengürtel verteilt. Eine erfolgreiche Baulandpolitik betreiben maßgeblich auch unsere Kommunalpolitiker. Das dürfen Sie nicht vergessen. Daran sollten Sie sich erinnern.

Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Kollege, ich vergesse das nicht. Es ist gut, dass diese Projekte schon sehr früh angestoßen worden sind. Wir dürfen uns aber nicht nur in diesen Projekten ergehen. Bei der Staatsregierung stelle ich leider momentan fest, dass sie mehr vom Erbe der Vorfäder lebt, als dass sie eigene Initiativen ergreift und überlegt, wie man Zukunftsperspektiven für die Menschen schaffen kann. Die Realität ist, dass immer mehr Menschen aus dem Alpengebiet wegziehen, weil sie dort einerseits keine Arbeit mehr finden und andererseits unheimliche Schwierigkeiten haben, an einen Baugrund oder eine Wohnung zu kommen. Hier muss wirklich gehandelt werden. Wir dürfen die Probleme nicht schönreden oder gesundbeten. Derjenige, der aus dem Alpengebiet wegzieht, weil er woanders studiert oder arbeitet, kommt meistens erst in der Rente oder der Pension zurück. Deshalb muss jetzt gehandelt werden. Wir dürfen nicht einfach sagen, früher haben wir etwas Gutes gemacht. Wir müssen auch heute Gutes tun, heute handeln, in die Zukunft weisen und neue Projekte auflegen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. - Nächster Redner ist dann der Kollege Ganserer.

Markus Ganserer (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst möchte ich mich ebenfalls dem Dank an die Verbände für ihr Interesse anschließen. Zusätzlich möchte ich hier auch den Bund Naturschutz begrüßen, den Sie bei Ihrer Aufzählung vergessen haben. Offensichtlich hat das Interesse der Staatsregierung am Zustand des Bergwaldes in den letzten Jahren weit stärker abgenommen als die Schadensmerkmale an unseren Waldbäumen. 2012 wurde das Stichprobenraster für die Kronenzustandserhebung von 8 x 8 auf 16 x 16 erweitert. Seit 2012 ist für die Staatsregierung eine gesicherte statistische Aussage über den Zu-

stand des Bergwaldes nicht mehr möglich. Herr Brunner, ich finde das höchst bedauernlich, weil über Jahrzehnte hinweg die Waldschäden bei allen Waldbäumen im Alpenraum am höchsten waren.

Gerade jetzt, nach dem extrem trockenen Jahr, nach dem Hitzesommer, wäre es mit Sicherheit höchst aufschlussreich, Aussagen darüber treffen zu können, wie unsere Waldbäume in den einzelnen Regionen auf diese Trockenheit und den Hitzesommer reagiert haben. Probleme lassen sich nicht dadurch aus der Welt schaffen, dass ich die Daten nicht mehr erhebe. Deshalb werden wir diese Debatte bei der Aussprache über den Waldzustandsbericht weiter fortsetzen müssen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

57 %, also mehr als die Hälfte der 250.000 Hektar der Wälder im bayerischen Alpenraum sind als Schutzwald ausgewiesen. Die Bedeutung des Schutzwaldes für die Menschen, die im Tal leben, wird im Zuge des Klimawandels mit Sicherheit noch weiter zunehmen. Seit den 1980er-Jahren ist der Freistaat Bayern bei der Schutzwaldsanierung aktiv. Allein in den letzten zehn Jahren sind 28 Millionen Euro in die Sanierung investiert worden. Diese Leistung wollen wir ausdrücklich anerkennen.

Sorge bereitet mir aber, dass trotz dieser Kraftanstrengungen die Schutzwaldsanierungsflächen seit 1978 von 8.800 Hektar auf mittlerweile 14.000 Hektar gewachsen sind. Das heißt, 10 % unserer Schutzwälder sind mittlerweile ein Sanierungsfall. Noch schlimmer ist, dass sich die Zustands- und Erfolgsbewertung auf diesen Schutzwaldsanierungsflächen in den letzten Jahren deutlich verschlechtert hat. 2004 sind noch 70 % der Sanierungsflächen als gut oder zufriedenstellend bewertet worden. Zwischen 2011 und 2013 ist dieser Wert auf 56 % gesunken. Auf knapp der Hälfte der Sanierungsflächen sind die Schutzwaldsanierungsziele nicht oder nur unzureichend und eingeschränkt zu erreichen. Sehr geehrter Herr Minister Brunner, ich muss mich schon fragen, was hier in den letzten Jahren falsch gelaufen ist, damit diese Erfolgsbewertung so abgenommen hat. Die Tanne mit ihren Pfahlwurzeln ist mit Sicherheit einer der

Grundpfeiler eines stabilen Bergmischwaldes. Ihr Anteil am Bergwald hat aber leider Gottes zwischen 1986 und 2012 von 7,5 % auf 6,9 % abgenommen.

Sehr geehrter Herr Kollege Beißwenger, Sie haben das Verbissgutachten zitiert. Allerdings müssten Sie die richtigen Stellen zitieren. Bei Pflanzen unter 20 Zentimetern haben wir noch einen Tannenanteil von über 15 %. Wenn die Bäume dann 80 Zentimeter hoch sind, sind die Tannen bis zu einem Anteil von 5 % zurückgebissen worden. Das heißt: Nach wie vor findet ein Tannensterben statt, diesmal halt von unten. Für einen zukunftsgerichteten, stabilen Bergwald, der den Herausforderungen des Klimawandels trotzen kann, müssten wir den Tannenanteil eigentlich deutlich erhöhen. Da reicht es nicht mehr, die Verbissbelastung nur festzustellen, sehr geehrter Herr Brunner; hier müssen Sie endlich reagieren. Es ist kein Zustand mehr, dass die Verbissbelastung der Tanne nach wie vor viel zu hoch ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

189 Hektar gerodeter Fläche, also knapp die Hälfte der Rodungsfläche in den letzten zehn Jahren, gehen auf das Konto der Landwirtschaft. Die Landwirtschaft verursacht damit dreimal so viele Eingriffe in den Bergwald wie der Bereich Freizeit und Erholung. Bei der Debatte über die Eingriffe in den Bergwald war der Skitourismus Hauptangeklagter. Aber die jetzt vorliegenden Zahlen wecken bei mir den Verdacht, dass einer der Schuldigen bisher noch nicht auf der Anklagebank Platz genommen hat.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Um die Bedeutung des Schutzwaldes noch einmal zu unterstreichen, haben wir unter Nummer 7 die Zahl der Murenabgänge abgefragt. Wir wollten auch die Schadenshöhe wissen. In den letzten acht Jahren gab es 21 Murereignisse, bei denen Straßen verschüttet worden sind. Doch zur Schadenshöhe schweigt die Staatsregierung leider. Ich finde es schon komisch, dass die Staatsregierung nicht weiß, wie viel die Reparatur ihrer eigenen Straßen kostet. Ich glaube, Sie wollen hier die Schadenshöhe verschweigen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Damit sind wir schon beim nächsten Thema, dem Verkehr. Gemäß den allgemeinen Verpflichtungen aus der Alpenkonvention sind die Belastungen und Risiken aus dem Bereich des inneralpinen und alpenquerenden Verkehrs auf ein erträgliches Maß zu senken; das soll unter anderem durch eine verstärkte Verlagerung des Verkehrs, insbesondere des Güterverkehrs auf die Schiene erfolgen. – Wie sieht es denn nun mit der Verkehrspolitik der Staatsregierung im Alpenraum aus? - Trotz dieser Verpflichtungen aus der Alpenkonvention lässt sich die Verkehrspolitik der Staatsregierung im Alpenraum leider nicht von der im restlichen Bayern unterscheiden. Für die Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplans sind allein 18 Fernstraßenprojekte für den Alpenraum angemeldet worden. Aber mit diesen Straßenbauorgien werden Sie nicht zu einer Verkehrsverlagerung beitragen. Im Gegenteil: Sie leisten dem Flächenverbrauch weiter Vorschub. Die Verantwortung für die Verlagerung des Güterverkehrs wird auf den Bund abgeschoben. Dabei bräuchten wir ganz dringend Initiativen aus Bayern, um den Alpentransit im Bereich Güterverkehr auf die Schiene zu verlagern. Da bräuchte es auch Initiativen wie die Alpentransitbörse, die aber von der Staatsregierung nur als Langfrist-Projekt betrachtet wird.

Und beim ÖPNV, dem öffentlichen Personennahverkehr, liefert die Staatsregierung dann eine Bankrotterklärung. Da heißt es: "Da die Fahrplanangebote vor allem auf die Bedürfnisse der Schülerbeförderung zugeschnitten sind, existieren Verkehrsangebote oftmals nur unter der Woche und zu den Schulzeiten." – Ja, Herr Beißwenger, wenn Sie die Bevölkerung mitnehmen wollen, müssen Sie erst einmal die Busse fahren lassen, mit denen die Bevölkerung mitgenommen werden kann.

(Beifall bei den GRÜNEN und des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Gerade im Bereich ÖPNV brauchen wir Mobilitätsangebote, die wirklich die Mobilitätsbedürfnisse -

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herr Kollege, bitte achten Sie auf Ihre Redezeit.

Markus Ganserer (GRÜNE): - der ganzen Bevölkerung abdecken. Da sollte sich die Staatsregierung einmal ein Beispiel an Südtirol nehmen. – Zusammenfassend muss man sagen: Im Hinblick auf den Klimawandel nimmt die Bedeutung des Bergwaldes zu; hier müssen wir mehr investieren. Wir müssen aber auch die CO₂-Emissionen im Bereich Verkehr deutlich senken.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. - Als nächste Rednerin bitte ich Frau Staatsministerin Scharf zum Rednerpult.

Staatsministerin Ulrike Scharf (Umweltministerium): Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir haben jetzt sehr viel zum Thema Alpenkonvention gehört. Manches war richtig, manches möchte ich richtig stellen. Ich versuche jetzt einmal, mit der Beantwortung von drei Fragen etwas Struktur und einen Überblick zu schaffen.

Erstens will ich feststellen, wo wir in der Alpenkonvention heute stehen. – Zweitens möchte ich auf die Frage eingehen, wie wir die Bedürfnisse von Menschen und Umwelt zusammenbringen. Bei einigen Redebeiträgen ist mir das Bemühen um die Bedürfnisse der Menschen, die in diesen Regionen der Alpen leben, vollkommen abgegangen. – Die dritte Frage ist dann, welche Rolle dabei unsere Kommunen spielen. Lassen Sie mich zunächst aber an den Dank anschließen, den Sie, Herr von Brunn, Herrn Mair vom Alpenverein stellvertretend für all die Repräsentanten der Vereine und Verbände, die sich im Naturschutz engagieren, ausgesprochen haben. Herzlichen Dank für Ihr Engagement! – Ich fand es auch sehr schön, dass Sie geklatscht haben, als sich der Kollege Beißwenger bei den Bergbauern für ihre Leistungen bedankt hat. Herzlichen Dank dafür.

Zum ersten Punkt: Wo stehen wir heute mit der Alpenkonvention? – Es ist schon angesprochen worden. Deutschland hat jetzt für zwei Jahre, 2015 und 2016, die Präsidentschaft in der Alpenkonvention inne: Bayern ist maßgeblich an der Umsetzung beteiligt. In der Alpenkonvention verpflichten sich die Vertragsparteien zum Erhalt des

Natur- und Lebensraums Alpen. Vor allen Dingen verpflichten sie sich zu einer ganzheitlichen Politik. Das ist mir sehr wichtig; denn dieser ganzheitliche Ansatz betrifft in den Alpen den Natur-, den Kultur-, den Lebens-, aber auch den Wirtschaftsraum von fast 14 Millionen Menschen. Die Alpen sind ein attraktives Tourismusziel für rund 120 Millionen Menschen, die jährlich in die Alpen kommen.

Mit der Alpenkonvention bringen wir die Interessen der Menschen mit den ökologischen Bedürfnissen des Alpenraumes in Einklang. Hier haben wir ein ganz besonderes Ziel: Wir wollen in der deutschen Präsidentschaft mitgestalten; wir wollen vor allen Dingen mehr Praxisbezogenheit und sehr viel weniger Papier. Was wir definitiv nicht brauchen können, sind neue Protokolle etwa in der Abfallwirtschaft, in der Kultur, in der Luftreinhaltung oder gar zusätzliche Vollzugsregeln über die Vorschriften der Alpenkonvention hinaus. Was wir aber wollen – darauf komme ich zum Schluss noch einmal anhand konkreter Beispiele zu sprechen –, ist eine stärkere Einbindung der Kommunen in die Aktivitäten der Konvention. Ich bin nämlich davon überzeugt, dass wir nur so die Menschen vor Ort erreichen und nur so die erforderliche Akzeptanz bei den Bürgerinnen und Bürgern in den Kommunen gewinnen.

Ich sage schon auch mit Stolz auf Bayern: Auf unsere Initiative hin wird 2016 eine europäische Strategie für den Alpenraum gestartet, mit der wir der Alpenkonvention eine zusätzliche Plattform geben. Wir verschaffen auch der deutschen und europäischen Alpenpolitik eine noch stärkere bayerische Handschrift. Warum ist uns das so wichtig? – Diese Frage kann ich mit einem Satz beantworten: Weil in den Alpen fast alle Themen der bayerischen Umweltpolitik vorkommen, angefangen vom Klimaschutz bis hin zum Hochwasserschutz, von der biologischen Vielfalt der Landschaft, auch der alpinen Natur- und Kulturlandschaft, bis hin zum Ressourcenmanagement. Das heißt für die Umsetzung: Überregionaler Alpenschutz und regionale Notwendigkeiten müssen aus meiner Sicht Hand in Hand gehen.

Das lässt sich am Beispiel Klimawandel ganz besonders gut darstellen und ablesen. Er wirkt sich nämlich erstens im gesamten Alpenraum aus; zweitens hat er ganz kon-

krete Konsequenzen vor Ort. Ich nenne hier als Beispiel, wie wir uns anpassen, den Hochwasserschutz. Hier geben wir sehr viel Geld für die Sicherheit der Menschen aus. Wir alle wissen, dass extremere Niederschläge und Abflüsse schon jetzt das Hochwasserverhalten unserer Flüsse und Wildbäche verändern. Deshalb werden wir in den kommenden zehn Jahren im bayerischen Alpenraum rund 350 bis 400 Millionen Euro in den Hochwasserschutz investieren. Ein Drittel davon fließt in die natürliche Gewässerentwicklung bzw. in die Renaturierung.

Wir stellen unseren Gemeinden Informationen über Naturgefahren zur Verfügung; wir erarbeiten die Gefahrenhinweiskarte für Georisiken, für Gefährdungen wie Steinschläge und Rutschungen. Und wir haben – darauf bin ich ganz besonders stolz – einen Wildbachbericht fertiggestellt, der Bestand und Handlungsbedarf für 50.000 Schutzeinrichtungen an unseren bayerischen Wildbächen aufzeigt. 90 % dieser Wildbäche befinden sich in den Alpen. Sie alle haben von uns diesen Wildbachbericht zugestellt bekommen. Ich hoffe, Sie haben schon mal reingeschaut. Im ersten Teil ist ein sehr allgemeiner Bericht enthalten. Im zweiten Teil finden Sie eine Vielzahl von Daten, sortiert nach Landkreisen. Ich bin sicher, dass Sie sich dort wiederfinden können. Ein weiterer Baustein der bayerischen Klimaanpassungspolitik ist der Erhalt des funktionsfähigen Schutzwaldes. Herr Kollege Ganserer, es ist nicht die Frage, sollen wir sanieren oder sollen wir nicht. – Wir haben zwischen 2005 und 2014 für die Schutzwaldsanierung 27,8 Millionen Euro eingesetzt. In allen drei von der Alpenkonvention betroffenen Planungsregionen, nämlich der Planungsregion 16, dem Allgäu, der Planungsregion 17, dem Oberland, und der Planungsregion 18, Südostoberbayern, sind Vorranggebiete für den Hochwasserschutz in den Regionalplänen festgelegt.

Herr Heimatminister, auch das Landesentwicklungsprogramm 2013 enthält Festlegungen zur Verminderung der Risiken durch Hochwasser. Meine Damen und Herren, an über 2.100 Kilometern unserer Flüsse sind mittlerweile Überschwemmungsgebiete vorhanden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Bodenschutz und der Arten- und Naturschutz gehören auch zu den Prioritäten in der Alpenkonvention. Hier ist mir wichtig zu betonen, dass der bayerische Alpenraum ein Schwerpunktgebiet im Rahmen der Fördergebiete des Naturschutzes ist. Herr Kollege Beißwenger hat es erwähnt, aber ich wiederhole es gerne: 25 % aller bayerischen Ausgaben im Vertragsnaturschutz entfallen auf die Gebietskulisse der Alpenkonvention. Wenn Sie es jetzt noch konkreter wollen: Das sind 37 Millionen Euro, die wir in 2015 im Vertragsnaturschutz ausgeben, übrigens 8 Millionen Euro mehr als im Jahr 2014.

Beim Erschwernisausgleich, lieber Helmut Brunner, entfallen 80 % der gesamten Kosten auf die Feuchtplächen. Ich glaube, diese beiden Zahlen spiegeln sehr deutlich wider, was wir machen.

Ich darf das Engagement noch um viele wichtige Dinge ergänzen: Artenschutzprogramme. Wir haben über 100, die sehr erfolgreich sind. Ich nenne nur die Programme für den Schwarzstorch oder den Weißstorch. Wir hätten diese Arten nicht mehr ohne Artenschutzprogramme.

Beim Netz unserer Schutzgebietsbetreuer gilt mein besonderer Dank meinem Vorgänger Dr. Marcel Huber. Ohne sein Engagement könnten wir die Schutzgebietsbetreuer nicht weiter beschäftigen. Wir können das dank unseres Naturschutzfonds.

Ich nenne die immer größer werdende Zahl von Fischaufstiegsanlagen und die internationale Kooperation im Netzwerk Alpiner Schutzgebiete unter Federführung Bayerns, ganz konkret unter Federführung des Nationalparks Berchtesgaden. Last but not least nenne ich die Erklärung des ersten grenzüberschreitenden Naturparks, der Nagelfluhkette, seit dem Berichtszeitraum 2005.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben eine bayerische Maxime, die ganz klar lautet, die Menschen und ihren Lebensraum zusammenzubringen; die Menschen und ihr Lebensraum gehören zusammen. Wir müssen den ebenso einmaligen wie sensiblen Lebensraum Alpen so erhalten, dass auch die kommenden Generationen in Sicherheit

und Wohlstand leben können. Mit dem Erhalt unserer Almen und Alpen sind wir auf dem richtigen Weg. Hier bitte ich auch sehr aufmerksam zuzuhören: In den letzten zehn Jahren wurde auf keiner der 1.400 Almen und Alpen die Flächenbewirtschaftung aufgegeben. Auf diesen Erfolg können wir ganz besonders stolz sein, lieber Helmut Brunner.

(Beifall bei der CSU)

Dazu tragen die Förderung des Wegeausbaus mit 7,8 Millionen Euro seit 2005 und weitere Maßnahmen zur Erleichterung der Bewirtschaftung bei.

Ein weiterer Erfolg: Im Jahr 2014 wurden über 15 % der landwirtschaftlich genutzten Flächen im bayerischen Berggebiet nach den Kriterien des ökologischen Landbaus gemäß der EG-Öko-Verordnung bewirtschaftet – 15 %!

Bei den vom Aussterben bedrohten Nutztierrassen hat sich die Zahl der geförderten Tiere bei den Rindern und Pferden und auch bei den Schafen in den letzten Jahren verzehnfacht, meine Damen und Herren. Das sind Erfolge, die sich sehen lassen können, die das Ergebnis einer ganz gezielten verantwortlichen Politik sind.

Diese Verantwortung spiegelt sich auch in unserem bayerischen Weg wider, wenn es um den nachhaltigen Tourismus geht. Wir unterstützen Gemeinden, die dem Prinzip "Immer schneller, immer höher, immer weiter" nicht folgen wollen. Das wird ganz deutlich an der Auszeichnung des ersten Bergsteigerdorfes Ramsau. Wir fördern den nachhaltigen Tourismus, zum Beispiel durch die Zertifizierung von wanderfreundlichen Hotels und Gaststätten, aber auch durch unsere BayernTourNatur.

(Florian von Brunn (SPD): Das ist aber nicht sehr viel!)

– Herr von Brunn, das sind 7.000 Veranstaltungen in einem guten halben Jahr, die in Bayern stattfinden. Ich empfehle Ihnen die BayernTourNatur für Ihre Freizeitgestaltung.

(Zuruf: Überwiegend Ehrenamtliche!)

– Das ist richtig, aber wir unterstützen es trotzdem sehr intensiv.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe am Anfang gesagt, mir ist wichtig, dass wir die Kommunen an der Seite haben. Wir bekommen die Akzeptanz nur, wenn wir die Kommunen vor Ort mit im Boot haben. Seit der letzten Interpellation im Jahr 2005 haben wir die Unterstützung der Kommunen und nichtstaatlichen Organisationen stark ausgebaut. Ich nenne die Kooperation mit dem Gemeindenetzwerk "Allianz in den Alpen", in dem 31 bayerische Gemeinden Mitglied sind; übrigens hat eine bayerische Gemeinde den Vorsitz. Ich nenne den Verein "Alpenstadt des Jahres", in dem bayerische Mitglieder zu finden sind; ich nenne aber auch die Unterstützung von Kommunen, die besonders in der Alpenkonvention aktiv sind, Gemeindeentwicklung, Klimaveranstaltungen, in Benediktbeuern erst im Oktober, um nur zwei Beispiele zu nennen, und ich nenne die Förderung von Projekten nichtstaatlicher Organisationen im Sinne der Alpenkonvention. Wir unterstützen die CIPRA. Ich nenne das Ökomodell Achental, die Jugendparlamente in Rosenheim und Sonthofen, um aufzuzeigen, wo wir aktiv sind. Dies zeigt, meine Damen und Herren: Die bayerische Handschrift ist sehr sichtbar.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, unsere Naturheimat ist wirklich allen Einsatz wert. Wir tun ihr aber keinen Gefallen, wenn wir sie unter eine Käseglocke stellen.

(Florian von Brunn (SPD): Dann bleibt der Käse aber länger frisch!)

Aus meiner Sicht ist das Ziel ganz klar: Naturheimat weiterentwickeln im Einklang von Mensch und Umwelt. Die Alpen sind keine No-go-Area, also kein Gebiet, in dem gar nichts mehr möglich ist. Viele naturschutzfachlich hochwertige Flächen hätten sich ohne den Menschen gar nicht erst entwickelt. Ich denke an die extensive Landwirtschaft.

Mein Credo lautet eindeutig: die Natur erhalten, sie verantwortungsvoll nutzen, mit Augenmaß weiterentwickeln und gleichzeitig mehr aus unseren Naturschätzen machen. Gerade beim nachhaltigen Tourismus haben wir hier alle Möglichkeiten. Das beweist der Naturpark Nagelfluhkette im Allgäu, das beweist aber auch das Ökomodell Achen-tal im Chiemgau, das ich vorher schon erwähnt habe, und das beweist das Bergstei-gerdorf Ramsau.

Wir brauchen noch mehr davon. Wir brauchen das Gespür für unsere Naturschätze. Wir müssen die Menschen mitnehmen. Wir müssen uns in den Kommunen verankern. Wir brauchen den gemeinschaftlichen Willen zur Gestaltung unserer Heimat, beson-ders unserer Alpenheimat. Um diese gemeinschaftliche Gestaltungsleistung darf ich Sie hier im Hohen Haus alle sehr herzlich bitten.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Bitte verbleiben Sie noch am Rednerpult. Wir haben eine Zwischenbemerkung vom Kollegen Florian von Brunn.

Florian von Brunn (SPD): Sehr geehrte Frau Staatsministerin, wir sind uns offen-sichtlich zumindest auf der verbalen Ebene einig, dass der umweltverträgliche, der sanfte Tourismus in Bayern gefördert werden muss. Sie haben zuletzt die Naturparke angesprochen. Da gibt es ganz erhebliche Finanzierungsdefizite; der Verband der Na-turparke klagt darüber. Ich wollte Sie fragen: Wird es vonseiten der Staatsregierung in absehbarer Zeit mehr Mittel geben, und wie viel wird das sein, was die Naturparke und damit auch der umweltverträgliche Tourismus in Bayern bekommen?

Staatsministerin Ulrike Scharf (Umweltministerium): Wir haben die Mittel für die Na-turparke insbesondere jetzt auch im Nachtragshaushalt 2016 erhöht. Wir haben den Vertretern der Naturparke klar signalisiert, dass wir uns um mehr Unterstützung im nächstigen Doppelhaushalt bemühen. Sie wissen alle, dass wir eine Gesamtverantwor-tung für den Haushalt haben. Ich sehe, dass wir die Naturparke unterstützen müssen,

insbesondere auch im Hinblick auf eine Erweiterung und auf Neugründungen. Ich hoffe sehr, dass es uns gemeinsam gelingen wird, die Mittel aufzustocken.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen, und damit ist auch dieser Tagesordnungspunkt erledigt.